

Die Wählerin

← Blätter zum Groß-Berliner Wahlkampf →

Frauen Berlins, entscheidet!

Angeichts der Stadtverordnetenwahlen hat eine wüste Spekulation auf Eure Unerfahrenheit eingeseht.

Die bürgerlichen Parteien, die Deutschnationale Partei, Deutsche Volkspartei, Deutsch-Demokratische Partei, behandeln die Frauen immer noch wie minderwertige Menschen!

Einst verweigerten sie ihnen das Wahlrecht, heute lügen sie sie an, um sie abermals zu entrechten. Frauen Berlins, nicht die Sozialdemokratische Partei,

die bürgerlichen Parteien haben jahrzehntelang Mißwirtschaft in Berlin getrieben, das konnte ein Jahr gute sozialdemokratische Arbeit unmöglich gutmachen.

Mißwirtschaft trieben sie mit dem Verdienst des arbeitenden Volkes.

Wer hat Euch gegen die öffentliche Bewirtschaftung der Lebensmittel aufgehetzt? Die bürgerlichen Parteien! Was ist der Erfolg der Aufhebung der Zwangswirtschaft? Denkt nur an eins — Vollkornbrot für die Reichen, minderwertiges Brot für die Minderbemittelten. Das haben die bürgerlichen Parteien bei der letzten Reichstagswahl durch Eure Stimmen erreicht.

Frauen Berlins! Wollt Ihr den bürgerlichen Ausbeutern in der Stadtgemeinde den Säugling in der Wiege, den Kranken auf seinem Schmerzenslager, den Arbeitslosen mit seinem kargen Einkommen ausliefern?

Das tut Ihr, wenn Ihr ihnen Eure Stimme gebt! Die bürgerlichen Parteien sind gegen die städtische Mißwirtschaft, und damit gegen Verbilligung der Säuglingsmilch. Sie sind gegen die preisregulierende Versorgung der minderbemittelten Bevölkerung mit Lebensmitteln durch die Stadt. Sie sind für unbeschränkte Preissteigerung und schimpfen dann auf jede Lohnforderung, die infolgedessen erhoben werden muß. Gas-, Elektrizitäts- und Straßenbahnverteuerung sind keine Folgen willkürlicher Lohn- und Gehaltsforderungen, sie sind Folgen der Lebensmittelteuerung.

Die bürgerlichen Parteien glaubten, die Not des Volkes mit Gewalt unterdrücken zu können. Die Sozialdemokratische Partei suchte gemeinsam mit Arbeitern und Angestellten eine Annäherung zwischen Preissteigerung, Löhnen und Gehältern zu finden.

Frauen Berlins! Das durchdenkt und dann entscheidet! Unerträglich der Gedanke — für die ärmeren Stadtgegenden völlige Verelendung infolge der Kriegslasten — für die wohlhabenden weiter Blühen und Gedeihen trotz der Kriegslast. Das wollen die bürgerlichen Parteien, darum wollen sie die Einheitsgemeinde zerstören. Sie sind die wütendsten Gegner aller Einrichtungen zur Bekämpfung der Wohnungsnot. Sie wollen ungehemmte Mietsteigerung.

Die Sozialdemokratie erstrebt in der Einheitsgemeinde gerechten Ausgleich aller Lasten. Die stärksten Schultern müssen am meisten tragen.

Frauen Berlins! Daran denkt und danach entscheidet! Zu der Mißwirtschaft der bürgerlichen Parteien auf allen Gebieten der äußeren Lebensbedingungen des Volkes kam

der schwere Mißbrauch des inneren Menschen durch die Schulpolitik der bürgerlichen Parteien.

Die Behauptung, die Sozialdemokratie will Euren Kindern die Religion nehmen, ist eine bürgerliche Lüge, auf die manche Mütter hereinfällt. Das Gegenteil ist der Fall.

Die Sozialdemokratie will die Religion der wahren Menschlichkeit, des Völkerfriedens in die Schule hineinbringen!

Es ist eine Sünde wider den heiligen Geist, mit dem Namen Gottes, dem Inbegriff alles Guten, die Todsünde der Menschheit — den Krieg — decken zu wollen. Das hat die bürgerliche Gesellschaft in den Schulen geschehen lassen.

Die Sozialdemokratie schuf die Einrichtung der Elternbeiräte, um Schule und Elternhaus gemeinsam die Religion der Zukunft finden zu lassen.

Die bürgerlichen Parteien sind gegen die Elternbeiräte!

Sie wollen weiter die Schule der Entfremdung. Das alles, Frauen Berlins, bedenkt, und danach entscheidet!

Ihr würdet Berlin zu einem Verschwörernest machen wie München, wenn Ihr einer bürgerlichen Partei Eure Stimme gebt.

Frauen Berlins! Entscheidet Euch für eine Zukunft des Friedens, der inneren Freiheit des Aufstiegs!

Wählt am Sonntag, den 16. Oktober, die

Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD.)!

Unsere Wahlzettel tragen diesen Namen!

Ueberzeugung.

Die Wahrheit, die sich deinem Geist entschleiert,
Was du erkannt als trefflich und als gut,
Sollst du, von edler Gut und Kraft befeuert,
Bekennen frei und gest es Gut und Blut.
Ob stolt im Sonnenschein dein Schifflein steuert,
Ob Sturm und Wetter, Ebbe oder Flut:
Der beste Kompaß auf dem Lebensmeere —
Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre.

Gefinnungstreue, Ueberzeugungstreue
Brach der Kultur und bricht ihr immer Bahn.
Sie führt zum Siege stets das Beste, Neue
Und schlägt in Flucht das Unrecht und den Wahn,
Der ist der beste Held, der wahre Freie,
Der ungebeugten Hauptes stürmt voran.
Den Pfad zu öffnen einer neuen Lehre —
Die Ueberzeugung ist des Mannes Ehre. —

Wo steht der Feind?

Die Deutschnationalen werfen dem roten Magistrat in einem Flugblatt, das kürzlich verbreitet wurde, vor, daß er die schlimmste Mißwirtschaft treibe. Zur Begründung werden folgende Tatsachen „festgestellt“: „Die Zustände im Berliner Schulwesen sind trostlos. Gegen Gesetz und Recht sind in Neutölln, Reinickendorf, Adlershof und Lichtenberg „weltliche“ Schulen ohne Religionsunterricht errichtet worden. Wie es in der Schulverwaltung aussieht, werden wir der Elternschaft in einem besonderen Flugblatt darlegen.“ Man darf auf dieses angekündigte Flugblatt einigermaßen gespannt sein. Aber nach den bisherigen Leistungen der deutschnationalen Schwindelfabriken kann man mit Recht annehmen, daß sein Inhalt eine völlige Entstellung der Tatsachen sein wird.

Die Zustände im Berliner Schulwesen sollen „trotlos“ sein. Es soll gar nicht bestritten werden, daß uns die Berliner Schule noch lange nicht gefällt, und wir haben nur den einen Wunsch, daß es uns gelingen möge, viele tüchtige und menschenfreundliche Pädagogen zu finden, um die Schule zu einer wahrhaften, von aller Engbergigkeit befreiten Bildungsanstalt zu machen und sie — das bestritten wir gar nicht, sondern rühmen uns dessen — zur Gemeinschaftsschule umzugestalten. Waren schon die Zustände des Berliner Schulwesens in der Zeit vor dem Kriege, als das Bürgertum unumschränkt herrschte, nicht ideal, so sind sie während des Krieges, den die Deutschnationalen mit Freuden begrüßt haben, geradezu unhaltbar geworden. Viele der besten Lehrer sind eingezogen worden, Schulen wurden rücksichtslos für militärische Zwecke verwandt, alte Lehrer mußten in oft ungeeigneten Räumen zwei- bis dreimal soviel Kinder unterrichten, als früher einem einzigen Lehrer zugemutet wurde.

Wo waren da die Deutschnationalen (die früheren Konservativen), die bekanntlich behaupten, für „soziale Veröhnung und christliche Gefinnung, für Staatsautorität und vaterländische Würde“ einzutreten, die sich über die trostlosen Zustände des Berliner Schulwesens entrüsteten?

Da hat sich keiner von ihnen gefunden. Ihre christlichen Gedanken waren auf den Krieg, auf die Vernichtung kostbarer Menschenleben gerichtet, und je größer die Zahl der Toten beim Gegner war, um so größer war der Jubel dieser „frommen“ Leute. Die eigenen Toten erwähnten sie nicht oder sprachen nur vom „herrlichen Helden-tod“. Was scherte sie der Jammer all der Mütter, die ihrer Söhne beraubt wurden, was kümmerte sie die Waisen. Jetzt klagen diese Gefellen über die Verwahrlosung und Roheit der Jugend. Während die Mütter, um den nötigsten Lebensunterhalt zu verdienen, Granaten drehten, blieben ihre Kinder sich selbst überlassen, und wir dürfen froh sein, daß die Verwilderung nicht größer geworden ist. Wir sind stolz, feststellen zu können, daß sich die Schulverhältnisse, trotz des heftigsten Widerstrebens der Deutschnationalen und den ihnen verwandten Seelen, langsam bessern, daß es uns gelingt, sie in unserem Sinne auszugestalten. Wir wollen aus unseren Schulen das gehaltlose Plappern von Bibelsprüchen verbannen und dafür die wahre Religion des Menschentums lehren. Wir werden Religionsgeschichte treiben und auf die Zusammenhänge der verschiedenen Lehren hinweisen. Ein solcher Religionsunterricht wird in der „weltlichen“ Schule gelehrt. Die weltliche Schule ist also kein Mißstand, sondern ein Fortschritt. Das Wohlgeheul unserer Feinde beweist uns nur, daß wir uns auf dem richtigen Wege befinden.

Ueber die Zwangswirtschaft entrüsteten sich die Deutschnationalen. Warum verschweigen sie (und hier wird das Verschweigen zur Lüge), daß die Zwangswirtschaft unter der Regierung ihres heldenhast ausgeführten Kaisers eingeführt wurde? Sie rechnen aber mit der leider nur zu großen Bergekllichkeit der Menschen, und weil sie wissen, daß die Menge der Lebensmittel- und sonstigen Karten insbesondere den politisch ungeschulten Frauen lästig war, hoffen sie mit dem Hinweis auf die Zwangswirtschaft gerade die Frauen für sich einzufangen. Warum verschweigen sie, daß ihr so betrauerter Wilhelm von Amerongen sich trotz der Zwangswirtschaft ein Riesenhamsterlager angelegt hatte, so daß er mit Recht als der größte Schieber der Welt bezeichnet werden kann?

Das Flugblatt zetert über die Streiks in den kommunalen Betrieben. Warum erzählt es den Lesern nicht von der „menschenfreundlichen“ Absicht der deutschnationalen Gutsbesitzer, die Städte

auszuhungern, wenn ihnen für ihre Produkte nicht genügend geboten wird, oder wenn der Staat sie ernsthaft zur Tragung der Lasten heranziehen will, denen sich gerade die arbeitende Bevölkerung nicht entziehen konnte? Das steht auch in einem bezeichnenden Widerspruch zu der Behauptung, daß die Deutschnationalen für die „Staatsautorität“ eintreten. Täten sie es, würden sie sich nicht mit Händen und Füßen gegen die nur zu gerechten Besitzsteuern wehren, würden ihre Blätter nicht die Republik und ihre Männer verleumden. Verleumden aber heißt Mord. In vielen Prozessen schon mußten sie zugeben, daß alle Behauptungen, die sie in gemeiner Absicht gegen den Reichspräsidenten und gegen einzelne Minister der Republik ausgestreut hatten, falsch und erlogen waren. Aber das hindert sie nicht, immer neue Unwahrheiten zu verbreiten, und sie rechnen damit, daß schon etwas stehen bleiben wird. Dieser hegerischen Propaganda ist auch der Abgeordnete Erzberger zum Opfer gefallen. Man mag zu Erzberger stehen, wie man will, aber er hat den Mut gehabt, Steuern nicht nur von der arbeitenden, sondern auch und vor allem von der besitzenden Klasse zu fordern. Das war Grund genug, ihn in der schändlichsten Weise zu verleumden. In zahlreichen deutschnationalen Blättern ist geradezu zum Mord an Erzberger aufgefordert worden, und in anderen wurde der geschehene Mord verherrlicht. Es nützt den Deutschnationalen nichts, in dem erwähnten Flugblatt die moralische Mitschuld an diesem Mord einfach zu bestreiten. Von dieser Schande können sie sich nicht reinwaschen. Sie haben durch ihre ganze Handlungsweise die vaterländische Würde und die Staatsautorität besudelt. Bei ihnen ist kein Hauch von christlicher und sozialer Gefinnung zu spüren.

Sie sehnen sich zurück nach den Zeiten der Leibeigenschaft, wo man im arbeitenden Menschen nur ein Tier sah und der „bürgerlichen Kanaille“ jederzeit die größte Verachtung bezug wurde.

Frauen, wacht auf, laßt euch nicht belören von dem scheinheiligen Geschwätz dieser Demagogen. Tretet geschlossen ein für die natürlichen Feinde der Deutschnationalen und wählt am 16. Oktober die Liste der

Sozialdemokratischen Partei!

Die Frau im Wohlfahrtsamt.

Das Alte stürzt, es ändert sich die Zeit.

Verhältnisse und Zeiten haben sich gewaltig geändert, das Weib hat nicht mehr zu schweigen in der Gemeinde, nein, laut und deutlich vernehmbar ist seine Stimme in allen Zweigen der städtischen Verwaltung geworden. In allen Deputationen ratet und tatet die Frau jetzt mit zum Vorteil für die Gemeinde. Lobend hat das Stadtrat Wulki kürzlich auf der Görlicher Tagung der Sozialdemokratischen Partei anerkannt. Ganz besonders im Wohlfahrtsamt dominiert jetzt die Frau, findet sie doch da ein Tätigkeitsfeld, das ihrer Wesensart besonders entspricht.

Zurückblickend sei einmal in Kürze der Kämpfe gedacht, die ausgefochten werden mußten, um der Frau Einzug in den städtischen Ehrendienst zu schaffen.

In den Armen- und Waisenkommisionen sahen von jeher Männer bürgerlicher Richtung, die ihre Tätigkeit dort als ihr geheiligtes Privileg betrachteten und verteidigten. Aber im Laufe der Jahre gelang es den Frauen, durch die unermüdete Arbeit der Sozialdemokraten in die Kommissionen hineinzukommen, und sie haben sich bewährt.

Als aber eine Frau so vermessen war, Vorsteher einer Kommission zu werden, gab es ein Entsetzen bei sämtlichen bürgerlichen Spießern, und man hat alles getan, um der Frau die Arbeit zu erschweren und unmöglich zu machen; aber es half nichts, die Frau setzte sich durch. Später hat man auf Drängen der Sozialdemokraten 4 Frauen als Bürgerdeputierte in die Armen- und Waisendeputation gewählt.

Dann kam die Revolution. Sie brachte der Frau die Gleichberechtigung. Nun konnte sie wählen und war selbst wählbar. Aber die Frauen müssen eben von ihren Rechten einen noch weit ausgiebigeren Gebrauch machen. In 452 Armenkommissionen sind nur 251 Frauen vertreten und nur 7 weibliche Vorsteher. Durch die Kommissionen werden rund 27 300 Almosenempfänger und 8500 Pflegegeldempfänger betreut. Das ist eine Arbeit, die gerade den Frauen besonders liegt und in der ihre Mithilfe unbedingt notwendig ist. Darum ist es Pflicht aller Frauen, in diese Kommissionen hineinzukommen zu versuchen. Das kann aber nur geschehen, wenn aus der Wahl am 16. Oktober eine sozialdemokratische Mehrheit hervorgeht. Nur Stadtverordnete haben das Vorschlagsrecht für diese Kommissionen, und diese Stadtverordneten müssen der Sozialdemokratischen Partei angehören, denn, daß bürgerliche Stadtverordnete kein Interesse daran haben, Frauen vorzuschlagen, das haben wir in all den Jahren der bürgerlichen Verwaltung zur Genüge erfahren.

Und darum müssen alle Frauen, denen das Wohl ihrer Stadt am Herzen liegt, am 16. Oktober ihre Stimme der Sozialdemokratischen Partei geben!

Anna Kullke, Stadtverordnete.

Was ist der Staat?

Der Staat, das sind eben wir alle; wir Millionen Menschen, die zu einer politischen Gemeinschaft vereinigt sind, die wir, jeder nach seiner eigenen Fassung, denken, handeln, arbeiten, lernen, lehren: Jeder ein Herz in der Brust, das sich nicht aufziehen läßt wie ein Automat, ein Hirn in dem Schädel, das sich nicht lenken läßt wie eine Maschine, — jeder mit seinen besonderen Gefühlen, seinen besonderen Bedürfnissen, seinem besonderen Ideal, das zu erfüllen ihm Lebensaufgabe ist. Die Summe dieser Millionen von Herzen, die nie stillstehen, dieser Millionen Gehirne, die nie ruhen und rasten, dieser Millionen einander durchkreuzender Wünsche, Hoffnungen, Strebungen, Interessen — das ist der Staat.

Wilhelm Liebknecht.

Nach der Verlobung.

Hilde Wall war überglücklich. Seit drei Wochen war sie nun verlobt.

Ihr Verehrer mit dem hübschen Namen Hans Marbach hatte sein Versprechen ehrlich gehalten — vorigen Sonntag war die Fete im Kreise der Familie vor sich gegangen. Jetzt war alles gut.

Hilde lächelte versonnen vor sich hin. Nun galt es nur noch zu rüsten für die baldige Hochzeit. Hans war städtischer Beamter, leider mit einem sehr geringen Einkommen; doch sollte die Hochzeit sein, sobald er eine festere, will sagen: besser bezahltere Stellung bekäme.

Dazu war die beste Hoffnung. Er hatte sich beim Jugendamt gemeldet. Wegen seiner sozialpädagogischen Vorbildung bestand Aussicht, daß ihm eine Inspektorstelle übertragen wurde, wo er in der Gehaltsklasse neun immerhin seiner Hilde ein bescheidenes Heim bieten konnte.

Hans und Hilde waren also sehr glücklich — sie lebten wie im siebenten Himmel, an dem alles voller Geigen hing.

„Wenn nur der Sozialpolitische Ausschuß nicht versagt, an dem hängt alles“, meinte Hans eines Abends, an dem sie Zukunftspläne geschmiedet hatten.

„Wieso denn?“ Sie sah ihn gespannt an. „Da, der Ausschuß muß darüber beschließen. Nun ist das so eine dumme Sache. Der Richtung, die fortschrittlich gesinnt ist, der Sozialdemokratie, fehlt in dem Ausschuß eine Stimme, um die Mehrheit zu haben. Wird der Antrag dort abgelehnt, dann geht der Amtsvorstand nicht drauf ein, das ist sicher.“

„Da liegt also die Entscheidung, ob wir heiraten dürfen und können, im Sozialpolitischen Ausschuß? Wie dumm!“

„So ist es!“, bemerkte Hans. „Eine Stimme wird oder kann entscheiden, ob ich Jugendamtsinspektor werde oder nicht, daran beißt keine Maus einen Faden ab.“

„Ja, läßt sich denn da nichts machen?“
„Jetzt nicht. Das ist überhaupt eine merkwürdige Sache. Bei der letzten Wahl hat die Sozialdemokratische Partei leider eine Stimme weniger bekommen, als sie brauchte, um noch ein Mandat mehr zu erhalten.“

„Eine Stimme bloß?“ unterbrach Hilde.

„Nur eine einzige Stimme, ja. Hätte sie nur einen Zettel mehr bekommen, wäre ihre Mandatsziffer um eines vermehrt worden, und das wäre gerade ausreichend gewesen, damit sie im Proporz für diesen Ausschuß eine Vertretung mehr erhalten hätte.“

„Eine Stimme?, eine Stimme?“

„Wie ich sagte. Da sieht man wieder, was oft ein einziger Wähler für einen Ausschlag gibt. Jeder denkt, auf mich kommt's nicht an“, aber wie Du hier siehst, ist jede Stimme von großer Bedeutung, besonders in den Ausschüssen. Warum bist Du denn so verdattert?“

„Ach, Hans, wenn es an einer Stimme gefehlt hat, dann bin ich ja vielleicht sogar schuld . . .“

„Du Narrchen, wieso Du?“

„Ja bei der letzten Wahl sind so oft Leute gekommen, ich sollte zur Wahl gehen, immer habe ich aber gesagt, „ach was, auf mich kommt es nicht an“ — ich habe die Leute weggeschickt. Und nun sagst Du, daß meine Stimme . . . Ogottoogotogott . . .“

„Wie, Du hast nicht gewählt? Aber Hilde, wie konntest Du nur! Nicht wegen unseres Falles, der allerdings sehr bedauerlich ist oder es werden kann; nein, im allgemeinen: Wer kämpft für euch Frauen und Mädchen seit Jahrzehnten um Gleichberechtigung? Die Sozialdemokratie. Wer hat schon im alten Staat für euch das Stimmrecht gefordert? Die Sozialdemokratie. Nun lohnt ihr es so, daß ihr nicht wählt? Hilde, Hilde, das war kein Heldenstück, das war leichtsinnig!“

Hilde war fassungslos: „Du meinst wirklich, die eine Stimme im Ausschuß entscheidet?“

„Ich fürchte ja; weil die anderen vom bürgerlichen Block, auch die vom Zentrum und von den Demokraten, kein Interesse am sozialpolitischen Fortschritt haben, wird es nichts werden; wir müssen warten, bis es bessere Zeiten gibt.“

Hilde weinte herzerbrechend.
„Zu denken, daß man selbst schuld ist, daß man sich sein eigenes Glück verschert hat“, schluchzte sie.

Hans tröstete: „Gewiß ist das schmerzhaft. Aber siehe: Was uns betrifft, das ist nicht das Schlimmste. Was aber in so einen Ausschuß das Jahr über sonst an Fortschritten abgelehnt oder falsch gemacht wird, das ist das Traurige. Darunter leiden dann so viele unschuldige Kinder. Nun, weine nicht; wenn wieder Wahl ist, ganz gleich welche, bist Du vernünftig, gehst hin und wählst; vielleicht wird doch noch alles gut.“

„Ja, aber ja, Hans!“ Sie trocknete sich die Augen: „Das ist auch so ein Fall, weil wir Mädchen nicht aufgeklärt werden. Alles mögliche wird einem vorgeschwätzt, aber das Wichtigste, diese politischen Pflichten, darüber spricht niemand ein Wort mit uns.“ Sie war ärgerlich.

„Nun, doren soll es von mir aus nicht fehlen. Nun sei tapfer. Wir wollen halt noch warten; wenn es nicht diesmal geht, dann vielleicht das nächste Mal. Müge diese Sache eine Lehre für uns alle sein, daß jede Stimme, aber auch jede kostbares Gut für die Allgemeinheit ist.“

„Zawohl“, stimmte ihm Hilde bei, „und ich werde nicht veräumen, wohin ich komme, meine Freundinnen und Kolleginnen aufmerksam zu machen, was eine Stimme bedeutet.“

Er reichte ihr die Hand. „Gut, dann hat vielleicht unser Warten, wenn die Stelle abgelehnt wird, das Gute, daß Du eine kluge, politische Braut — und später doch noch meine Frau wirst.“

„Ja, Hans, das kann ich Dir versprechen.“

Politische Frauenrechte einst und jetzt.

Von Ruhei.

Viele Frauen, denen heute die politische Betätigung eine Selbstverständlichkeit ist, die sie sich aus ihrem Leben überhaupt nicht wegdenken vermögen, haben keine Ahnung, wie wenig weit wir von der Zeit erst entfernt sind, da die politische Betätigung der Frau eine politische Angelegenheit war. Noch im schönen Monat Mai des Jahres 1902 konnte der konservative preussische Minister Freiherr v. Hammerstein im preussischen Dreiklassenparlament sagen, daß es nicht anginge, „daß Frauen in politischen Versammlungen mitreden.“

„Ich glaube“, so bemerkte er unter Beifall der Mehrheit des damaligen preussischen Dreiklassenparlamentes, „es läßt sich traurig aus um unser preussisches Volk, um unseren preussischen Staat, wenn die leichte Erregbarkeit der Frauen gerade in öffentlichen Versammlungen das Volk bewegen sollte. Davor müssen wir uns hüten. Es soll deshalb der Polizei immer die Befugnis bleiben, und sie soll scharf eintreten, sobald die Frauen versuchen, auch politisch tätig zu sein.“

Es kam aber doch anders. Und lustigerweise war es der Bund der Landwirte, der unfreiwillig die Ursache dazu war, daß dann die Frauen auch an politischen Vereinsversammlungen teilnehmen durften. Bekanntlich hält der Bund der Landwirte alljährlich im Zirkus Busch eine Herrschau seiner Anhänger ab. Es werden dort nicht nur ernsthafte politische Sachen verhandelt und nicht nur die bewährten konservativen Kanonen aufgeführt, wie der brave Oldenburg-Januschau. — die Herren Landwirte benutzten auch die Gelegenheit, nach Feierabend den Sumpf der Großstadt zu studieren. Dies und manches andere mochte wohl dazu führen, daß im Laufe der Jahre auch die Frauen der Landwirte Interesse daran hatten, die politische Begeisterung ihrer Männer mitzuerleben. Höflich und entgegenkommend räumte ihnen die Versammlungsleitung die Galerie des Zirkus Busch ein. Daraufhin schnappte es aber bei den bösen Sozialdemokraten. Sie protestierten dagegen, daß man den Frauen der Landwirte gestatte, an politischen Vereinsversammlungen teilzunehmen, den Frauen der Anhänger anderer politischer Parteien sei dies verboten. Daraufhin erging an die preussischen Polizeibehörden eine feierliche Ministerialverfügung, in der die überwachenden Polizeibeamten angewiesen wurden, in den von ihnen überwachten Vereinsversammlungen von der Befugnis, die Entfernung der Frauen zu verlangen, keinen Gebrauch zu machen, wenn jene nur als Zuschauerinnen und nicht als Teilnehmerinnen erschienen seien und diese ihre Eigenschaft auch durch Verweilen auf den von dem eigentlichen Versammlungsraum räumlich getrennten Plätzen her vortrat. In der Praxis wurde das eine lustige Geschichte. Kam man bei der Agitation raus aufs Land oder in die kleinen Städte, dann fand man in dem Saale, den die Sozialdemokraten oft genug nur unter den größten Mühen bekommen hatten, die Genossen da

mit beschäftigt, am Rande des Saales Stühle aufzustellen und sie mit einer Wäscheleine zu verbinden. Dahinter durften die Frauen „in ihrer Eigenschaft als Zuschauerinnen“ der Versammlung sich den Vortrag anhören.

Was haben wir da für komische Sachen erlebt! So manchen Gendarm genügte die Absperrung nicht. Er konnte, wenn es ihm Spaß machte, seinen Helm aufsetzen und die Versammlung für aufgelöst erklären. Einer tat es einmal, weil eine Frau ihre Füße unter der Wäscheleine vorgestreckt hatte. Natürlich durfte man sich gegen die Auflösung beschwerdeführend an die vorgelegte Behörde des Gendarmen wenden. Was waren dann Angelegenheiten, die sich durch die Monate und Jahre hindrehten, bis eine Antwort kam, die darauf hinauslief, daß der Gendarm natürlich richtig gehandelt hatte.

Wir haben den braven Gendarmen, die sich manchmal ihre eigenen Gedanken machen mochten, das Leben meist nicht schwer gemacht. Wollte man uns zwiebeln, dann gabs natürlich auch Möglichkeiten für uns. Einmal fand eine Versammlung der weiblichen Vertrauenspersonen des damaligen Kreises Teltow-Beeskow-Storow-Charlottenburg statt. Die weiblichen Vertrauenspersonen stellten die lose Form dar, mit deren Hilfe man damals gezwungen war, die politische Aufklärung der Frau zu betreiben. Ich hatte das Referat. Der Gendarm schien sich über mich zu ärgern. Er stand auf, setzte den Helm auf — das waren so die Dienstvorschriften, die den Mann auch äußerlich bei seiner nun beginnenden Amtshandlung als Vertreter des Staates ausweisen sollten — und wollte die Versammlung auflösen. Wir aber waren fixer. Ehe der Mann den Helm aufstülpte, war der Genossin, die den Vorstoß führte, zugeklüffelt, daß sie die Versammlung auf zehn Minuten verlagern solle. Eine vertagte Versammlung kann man nicht auflösen. Das sah auch der Gendarm ein, der eben den Mund aufmachte, um der Versammlung das Lebenslicht auszublafen. Deswegen nahm er den Helm wieder ab und setzte sich. Wir haben so gelacht, wieder gelacht und noch einmal gelacht, wie ich zu meinem Teil wenigstens selber noch nicht wieder gelacht habe. Am liebsten hätte der mit rotem Kopf dahingehende Vertreter der konservativen Staatsgewalt die auf seine Kosten lachende Nichtversammlung aufgelöst, aber dazu reichte die verflüchtigte komplizierte Dienstvorschrift und sein eigener Verstand nicht aus, um einen Weg zu finden, wie er das machen konnte. Nachdem wir uns ausgelacht hatten, wurde die Versammlung wieder eröffnet. Sie wurde zu einem agitatorischen Erfolg. Denn so was Schönes wollten alle Frauen mal erleben. Deswegen kamen sie noch lieber als vorher in unsere Versammlungen.

In der Zwischenzeit ist manches anders geworden. Der Gendarm ist wahrscheinlich schon längst Genosse und seine Frau liebt die „Gleichheit“. Aber wenn man so mitunter hört, wie uns vorgeworfen wird, daß wir für die Frauen noch nichts erlämpft hätten, dann muß ich immer wieder an den Gendarm mit dem offenen Munde und mit dem Helm in der Hand denken.

Die Frauen und das Berliner Jugendamt.

Von Minna Todenhagen.

Alles, was Amt heißt, genießt zumeist Mißtrauen in der Bevölkerung. Man verbindet damit die Vorstellung von etwas Unnahbarem, Kaltem, dem Leben Fernstehendem. Diese Vorstellung ist entstanden durch die allgemein übliche Amtsführung vor der Revolution. Im kaiserlichen Deutschland mußte man sich Behörden gefallen lassen, für deren Kosten man wohl die Steuern aufbrachte, zu deren Amtsführung man aber nichts zu sagen hatte. Nun kann man ohne Sachkenntnis nicht überall hineinreden wollen. Es kommt aber neben der Sachkenntnis sehr auf den Geist an, in dem ein Amt geführt wird, besonders bei einem Jugendamt.

An dem Geist, liebe Wählerin, der im Jugendamt und seinen Bezirksstellen herrscht, hast du nicht nur Anteil, dafür bist du verantwortlich! Neben dem Jugendamt und den Bezirksämtern müssen fortschrittlich gesinnte Stadt- und Bezirksversammlungen stehen. Die Amtsstellen arbeiten im Auftrage dieser Versammlungen, und diese wiederum in deinem Auftrage, denn du wählst sie ja, liebe Wählerin!

Kannst du diesen Auftrag Deutschnationalen, Deutscher Volkspartei, dem Zentrum, den Demokraten anvertrauen? Niemals! Schwer hat die Sozialdemokratische Partei vor der Revolution, als Geld genug da war, um Befehle zum Wohle der Jugend gegen diese Parteien gekämpft! Entweder wurde alles abgelehnt oder verflümmelt. Die Herrschaffen hatten ja die Macht. Scheinheilig redeten sie sich damit aus, man dürfe nicht in die Familienrechte eingreifen, und ließen vielen Kindern das Recht, in einer durch die wirtschaftlichen Verhältnisse zerütteten Familie zu verkümmern. Schwere Kampf hat es gekostet, die Jugendwohlfahrt als Pflicht des Staates in der Verfassung festzulegen.

Düster sehen die meisten Fürsorgeanstalten aus. Der Geist der Härte geht hier meist um. Den Geist der Fürsorglichkeit sollst du, liebe Wählerin, dort hineintragen helfen. Nicht allein dadurch, daß du am 16. Oktober die Sozial-

demokratische Partei wählst — das ist natürlich die erste Bedingung —, du hast an allen Aufgaben des Jugendamtes noch einen viel größeren direkten Anteil, als du vielleicht ahnst. Das Jugendamt bedarf zur Durchführung seiner Arbeiten der Mitarbeit vieler Helferinnen, um nur einiges herauszugreifen: in der Schwangeren-, Säuglings- und Kleinkinderfürsorge, in der Fürsorgeerziehung, der Jugendgerichtshilfe und vielem anderen mehr. Hier bist du nicht nur als Wählerin, sondern als mütterlicher Mensch dringend notwendig. Die Sozialdemokratische Partei hat den Hilfsdienst bei den Jugendämtern in ihren Ausschüssen für Arbeiterwohlfahrt organisiert. Jede Frau, die Mitglied der SPD ist, kann in diesen Ausschüssen und damit an den Jugendämtern mitwirken. Die nötigen Kenntnisse werden kostenlos übermittelt. Alle Einrichtungen der Jugendwohlfahrt lernt man kennen und mit ihnen umgehen. In allen Stadtgegenden finden regelmäßig Zusammenkünfte in sogenannten Frauenabenden zur Aufklärung und zum Austausch von Erfahrungen statt, zu denen jede Frau herzlich willkommen ist. Rat und Auskunft in Wohlfahrtsangelegenheiten erteilt Montags und Mittwochs von 10—1 Uhr der Bezirksausschuß für Arbeiterwohlfahrt, Lindenstr. 8, 2. Hof II rechts.

Vor allem aber mußt du dir einen Einfluß bei den Arbeiten im Jugendamt sichern, und das erreichst du dadurch, daß du

am 16. Oktober sozialdemokratisch wählst!

Bürger der Zukunft.

Wo und wie sich das Proletariat betätigt, ob in der Enge des Dorfes oder der Unrast der Weltstadt, ob auf dem Acker oder in der Fabrik, ob es genossenschaftlich die Beschaffung von Nahrung und Hausung organisiert, ob es sich in das freie Wort seiner Presse versetzt, um wissenschaftliche Erkenntnisse sich bemüht oder sein Gefühl in künstlerische Offenbarungen erfüllt — stets unwittert den Proletarier die Größe seiner weltgeschichtlichen Aufgabe und, indem er um das Nächste und Bescheidenste kämpft, erhebt er sich zum ahnungsvollen Bürger einer erhabenen Zukunft, die er selbst rülsten hilft.

Rudolf Eisner.

Solange die unterdrückte Klasse, also in unserem Fall das Proletariat, noch nicht reif ist zu seiner Selbstbefreiung, solange wird sie, der Mehrzahl nach, die bestehende Gesellschaftsordnung als die einzig mögliche erkennen und politisch der Schwanz der Kapitalistenklasse, ihr äußerster linker Flügel sein. In dem Maß aber, worin sie ihrer Selbstemanzipation entgegenreift, in dem Maß konstituiert sie sich als eigene Partei, wählt ihre eigenen Vertreter, nicht die der Kapitalisten. Das allgemeine Stimmrecht ist so der Gradmesser der Reife der Arbeiterklasse. Mehr kann und wird es nie sein im heutigen Staat; aber das genügt auch. An dem Tage, wo das Thermometer des allgemeinen Stimmrechts den Siedepunkt bei den Arbeitern anzeigt, wissen sie sowohl wie die Kapitalisten, woran sie sind.

Friedrich Engels (Entstehung der Familie).

Was ist der Mensch, wenn ihm sein höchstes Gut, der Preis des Lebens, Schlafen nur und Essen ist? Ein Vieh! Nicht mehr! Shakespeare.

Die Ungleichheit ist die Quelle aller Revolutionen; denn die Ungleichheit kann durch nichts erträglich gemacht werden.

Aristoteles („Politik“, etwa 350 Jahre vor Christus).

Hierdurch erkläre ich meinen Beitritt zur Sozialdemokr. Partei

Vor- u. Zuname: _____

Beruf: _____

geboren: _____ Geburtsort: _____

Wohnung: _____

Diesen Schein sende an Alex P a g e l s, Bezirksverband, Berlin SW 68, Lindenstraße 8. Gleichzeitig sende Eintrittsgeld und Beitrag für einen Monat per Postanweisung oder auf Postsparkonto 487 49. (Eintrittsgeld und ein Beitrag betragen für Männer 3,00 M., für Frauen 2,20 M.)